



Ehrenbürger Biermann tadelt Rot-Rot:

# „Schlimmer als ein Verbrechen“



CDU-Chef Ingo Schmitt zu Wowereit:



# „Nehmen Sie die Rüge ernst“



**Wolf Biermann. Seit dieser Woche der 115. Ehrenbürger Berlins liebt starke Worte.**  
 „Ich finde es verbrecherisch, dass die SPD mit der PDS ins Bett geht“, hatte er im Vorfeld der Verleihung gesagt und am Tag der Ehrung nochmals nachgelegt. Unanständig, eine

Schande, schlimmer als ein Verbrechen, Rot-Rot sei ein Fehler bekannte er. Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt: „Der historische Tabubruch der Berliner SPD schmerzt nicht nur den neuen Ehrenbürger unserer Stadt. Aber worunter Berlin abseits des Historischen leidet,

ist das tagtägliche Versagen dieses rot-roten Senats unter Klaus Wowereit.“ Schmitt zählt beispielhaft auf: Dilettantisch gescheiterte Klage in Karlsruhe, Wortbruch beim Thema Einheitsschule, Schließung von Polizeiabschnitten oder Vergraulen von Investoren etwa

in Tempelhof. Gerade diese Woche druckt der Spiegel wieder Partybilder von Wowereit und Thomas Gottschalk in Los Angeles ab und erzählt vom „Regierenden Partymeister“, der „offenbar den großen Sprung an die Parteispitze“ der Bundes-SPD plant. Im

Wahlkampf hatte Wowereit ja bereits mehrfach angedeutet, demnächst mehr Zeit für die Bundespolitik zu haben. Ingo Schmitt: „Ich kann Herrn Wowereit und seiner SPD nur raten, nehmen Sie die Rüge Biermanns ernst und kümmern Sie sich endlich um die Stadt.“

## Starker und robuster Aufschwung

**Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich verbessert.**  
 Wie das Münchener Ifo-Institut mitteilte, stieg der Ifo-Geschäftsklimaindex von 107,0 Punkten im Februar auf jetzt 107,7 Punkte. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) zeigte sich erfreut über die weiterhin positive Entwicklung der Konjunktur: „Auch für dieses Jahr sind die Wachstumsaussichten sehr gut“. Wenn nicht negative außenwirtschaftliche Einflüsse oder zu hohe Lohnabschlüsse dazwischen kommen, befindet sich das Wachstum „auf einem guten Weg“, so Glos weiter. Die Bundesregierung geht für dieses Jahr offiziell von 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum aus, will ihre Prognose jedoch Anfang April

überprüfen. Tatsächlich hält Ifo-Konjunkturoperte Gernot Nerb für 2007 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit einer 2 vor dem Komma für möglich. Im Vorjahr hatte die deutsche Wirtschaft um 2,7 Prozent zugelegt. Der durch die Mehr-

wertsteuererhöhung bedingte leichte Rückgang des Geschäftsklimas in den ersten beiden Monaten dieses Jahres habe sich im März nicht fortgesetzt, erklärte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Sinn wörtlich: „Der Aufschwung ist stark und robust“.



## Keine Scharia in Deutschland

Eine junge Frau wird von ihrem marokkanischen Ehemann geschlagen und bedroht. Sie beschließt, der Ehehölle zu entkommen und drängt auf eine schnelle Scheidung. Doch das Gericht verwehrt der Frau die vorzeitige Trennung und beruft sich auf das angeblich im Koran verbriefte Züchtigungsrecht des Mannes. Die Begründung: Die Frau hätte damit rechnen müssen, dass ihr muslimischer Gatte sein „Recht“ auch ausübe. Wer jetzt gedanklich in die Ferne schweift und an Scharia und islamistische Fanatiker denkt, irrt. Denn die unsägliche Entscheidung wurde nicht in einem Hinterhof in Riadh oder Islamabad gefällt, sondern vor dem Frankfurter Amtsgericht. Ein Skandalurteil mitten in Deutschland. Und leider kein Einzelfall. Denn islamische Rechtsvorstellungen halten immer häufiger Einzug in die Urteile deutscher Gerichte;



Henkel redet Klartext

eine Entwicklung, die selbst der „Spiegel“ erst vor kurzem als „stille Islamisierung“ bezeichnet hat. Wer jedoch aus falsch verstandener Rücksicht auf kulturelle oder religiöse Prägungen richterliche Milde walten lässt, sendet ein fatales Signal aus. Wenn wir nicht entschieden unsere Grundwerte und unsere Rechtsordnung hochhalten und verteidigen, droht ein böses Erwachen. Schlimm genug, dass sich in einigen Stadtteilen Parallelsellschaften herausbilden, in die der Staat oftmals kaum noch Zugang findet. Die Gerichte dürfen dieser Entwicklung nicht auch noch Vorschub leisten. In Deutschland gilt das Grundgesetz, nicht der Koran. Punkt. Es gibt keinen Grund für juristische Rückzugsgefechte. Die Scharia darf in Deutschland nicht zur Anwendung kommen. Sonst ist es vielleicht nicht mehr weit bis zur ersten Steinigung.

## 27 aus 6 - ein halbes Jahrhundert Europa

„Es ist schwer, geschichtliche Urteile abzugeben, wenn alles noch in Bewegung ist, aber vielleicht ist dieser Zusammenschluss das wichtigste Ereignis der Nachkriegszeit“ erklärte Konrad Adenauer am 25. März 1957 anlässlich der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“, die den Grundstein für die Europäische Union legten.

Heute, 50 Jahre später, ist zu sagen: Er sollte Recht behalten. Aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die anfangs sechs Mitglieder umfasste (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande), ist ein Staa-

tenverbund aus 27 Mitgliedsstaaten mit derzeit rund 493 Millionen Einwohnern und dem größten Bruttoinlandprodukt der Welt erwachsen.

**Die Antwort auf die schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges war die Vision eines Europa in Frieden und Freiheit, eines Europa ohne Grenzen.**

Der „Traum ist wahr geworden“, konstatierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede zur Feier des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ am 25. März 2007 in Berlin. Aus

den ehemaligen Kriegsgegnern sind Verbündete geworden, die nun seit über 60 Jahren in Frieden leben, die Teilung Europas wurde überwunden. Auch Reisefreiheit, eine gemeinsame Währung, viele neue Chancen für die junge Generation sowie Wohlstand in einem noch nie da gewesenen Ausmaß hat die Europäische Union gebracht.

**Die Identität Europas beruhe auf gemeinsamen, grundlegenden Werten, sagt Merkel.**

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Demokratie, Rechts-

staatlichkeit, Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz, Frieden und Freiheit sind die Fundamente der Europäischen Union und als solche auch in der „Berliner Erklärung“ festgelegt, die im Rahmen der Feierlichkeiten um den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ von der deutschen EU-Ratspräsidentin vorgelegt und von allen 27 Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde. Die „Berliner Erklärung“ soll zudem die Zuständigkeiten der Gemeinschaft regeln und die EU bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneute gemeinsame Grundlage stellen.



27 Staats- und Regierungschefs stehen für fast 500 Millionen Menschen - vereint vor Berlins und Deutschlands Wahrzeichen.

## Gefahr für Arbeitsplätze bei der Bundesdruckerei

**Es geht um den Erhalt von mehr als 1.300 Arbeitsplätzen in Berlin.**

Wie der Arbeitsmarktexperte der CDU-Fraktion, Kurt Wansner, erklärte, hätten die Fraktionen von SPD und Linkspartei offenbar kein Interesse an einer Debatte über das dringliche Thema Bundesdruckerei. Nachdem Rot-Rot es einmal im Ausschuss für Arbeit abgelehnt hatte, sich auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem Thema zu beschäftigen, verneinte die rot-rote Mehrheit auch in der von CDU, Grüne und FDP erwirkten Sondersitzung des Ausschusses am 19. März wie auch im Wirtschaftsausschuss am sel-

ben Tag die Dringlichkeit. Die parlamentarische Debatte ist damit um vier weitere Wochen vertagt worden. Das Thema drängt jedoch, so Wansner, da einerseits im Falle einer weiteren Veräußerung der Druckerei der Einfluss auf besondere hoheitliche Aufgaben und Produkte verloren ginge, und andererseits ein wesentlicher Druckauftrag eines neuen chipbasierten elektronischen Personalausweises seitens der Bundesregierung eventuell zur Ausschreibung auf internationaler Ebene kommen könnte. Beides würde den Standort nachhaltig gefährden, sagt der CDU-Abgeordnete. Die CDU fordert in

ihrem Antrag, dass der Bund zur Wahrung der deutschen Sicherheitsinteressen im Rah-

men einer erneuten Veräußerung wieder Anteile an der Bundesdruckerei erwerben solle, die Bundesdruckerei als eigenständiges Unternehmen mit Hauptsitz in Berlin erhalten bleiben solle und die Lebensfähigkeit der Bundesdruckerei dabei durch die Erteilung von Aufträgen im nationalen, hoheitlichen Bereich sichergestellt werden müsse. Wansner: „Rot-Rot wird erneut aufgefordert, endlich

aktiv zu werden, und sich um das Thema Bundesdruckerei zu kümmern. Was wir nicht



Die Bundesdruckerei in Kreuzberg.

brauchen, ist ein weiterer Werkstör-Auftritt des Regierenden Bürgermeisters zu einem Zeitpunkt, wo unter Umständen nichts mehr geht.“

## Umweltzone, JA - aber bitte sachgerecht

**Seit März 2007 gilt bundesweit die so genannte Kennzeichnungsverordnung für Kraftfahrzeuge. In Berlin wird die erste Stufe der Umweltzone im „Inneren S-Bahnring“ im nächsten Jahr eingeführt.**



Ingo Schmitt

Für den Bundestagsabgeordneten und Landesvorsitzenden der Berliner CDU, Ingo Schmitt, steht fest, dass der Senat es an dieser Stelle ein weiteres Mal versäumt hat, die möglichen Schäden seines Handels zu bedenken: „Ohne Sondergenehmigungen würden viele Unternehmen, die auf ihren Fuhrpark ange-



Handwerker, Reisebusse, Oldtimer, Private - wer darf mit seinem Fahrzeug noch in die City in Berlin?

wiesen sind oder die Fahrten mit historischen Fahrzeugen anbieten, in den Ruin getrieben. Dabei obliegt es gerade Herrn Wowereit - als Kultursenator - die besondere Rolle von Oldtimern als ausgewiesenes Kulturgut entsprechend

zu beachten. Daneben muss zudem dringend verhindert werden, dass Berliner Unternehmer durch ein City-Verbot in ihrer Existenz bedroht werden, entweder weil ihre Fahrzeuge nur mit einem unverhältnismäßig hohem Aufwand nachgerüstet werden können oder schlimmstenfalls gar keine Nachrüstung möglich ist. Die Tatsache, dass der Senat an dieser Stelle

meregelungen eingesetzt und somit den Druck auf Rot-Rot enorm erhöht hat.“ Danach könnten Besitzer von Oldtimern dann eine Sondergenehmigung erhalten, wenn sie ein Fahrtenbuch über die Jahreskilometer führen. Für Kunden und Anbieter von spezialisierten Werkstätten, Umzugs- oder Gebäudereinigungsunternehmen sollte nach Ansicht der Berliner CDU der Weg in die City generell frei sein: „Die Umweltplakette reicht aber zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes allein nicht aus. Der Senat muss zusätzliche Anreizsysteme zum umweltbewussten Denken und Handeln schaffen. Hierzu zählt unter anderem der Ausbau des Park & Ride - Systems oder der Erlass von Parkgebühren für besonders emissionsarme Fahrzeuge. Was nicht geht, ist das einseitige Beschneiden von Handel und Tourismus durch die Umweltplakette ohne umfassende Ausgleichs- und Ausnahmemassnahmen. Berlin kann es sich nicht leisten, seine umsatzstärksten Wirtschaftszweige durch gedankenlose Politik auf Talfahrt zu schicken“, so Schmitt.

nun ganz langsam umdenkt, ist nicht zuletzt der Berliner CDU zu verdanken, die sich trotz ihrer grundsätzlichen Befürwortung der Einführung einer Umweltzone vehement für sachgerechte und wirtschaftsorientierte Ausnah-

## Berlin ist für die Menschen nicht sicherer

**„Berlin ist für die Menschen nicht sicherer geworden“, stellte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, anlässlich der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2006 am 19. März 2007 fest.**

„Innensenator Körting und Polizeipräsident Glietsch klopfen sich gegenseitig auf die Schultern, weil die Anzahl der 2006 bekannt gewordenen Straftaten laut Polizeilicher Kriminalstatistik im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent abgenommen hat“, so Henkel. Daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, die Hauptstadt sei sicherer geworden, wäre jedoch falsch, betonte Henkel. „Erstens ist die PKS nur eine Ausgangsstatistik und stellt insofern nur eine Momentaufnahme aller bis zum 31.12.2006 durch die Polizei in POLIKS abgeschlossenen Ermittlungsverfahren dar, die an die Staatsanwaltschaft ab-

gegeben wurden. Was sie nicht darstellt, ist die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten. Zweitens gilt der Zusammenhang zwischen abnehmender Personalstärke und abnehmender Kontrollstärke auch für das Jahr 2006“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Die Polizei sei angesichts der dramatischen Personalsituation oftmals gar nicht mehr in der Lage, Straftaten zu registrieren. Auch bei der Bearbeitung komme sie nicht mehr hinterher, was auch am starken Anstieg bei den Liegevermerken, u.a. beim LKA, deutlich werde, so Henkel weiter. „Schon aufgrund des großen Dunkelfeldes bildet die PKS nicht die gesamte Berliner Verbrechensrealität ab.“

Die vorgelegte PKS, so Henkel, mache vor allem eines sehr deutlich: „Die Berlinerinnen und Berliner müssen immer stärker um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten. Leichte und schwere Körperverletzung, schwere Raubde-

likte, Jugendgewalt, Vergewaltigungen - in all diesen Deliktfeldern ist ein Anstieg zu verzeichnen, während die Abnahme der Gesamtkrimi-



nalität vor allem auf die gesunkene Zahl von Diebstahlsdelikten zurückzuführen ist. Berlin ist also vielleicht für Autos sicherer geworden, nicht aber für die Menschen,

die in dieser Stadt leben.“ Es sei daher unangebracht, wenn sich Körting und Glietsch jetzt feiern ließen. Der rot-rote Senat dürfe die Polizei, die je-

den Tag Außergewöhnliches leiste, im Kampf gegen diesen Gewalttend nicht alleine lassen, stellt der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion abschließend fest.

## IN KÜRZE

**Barbara John wird ausgezeichnet**

Die frühere Ausländerbeauftragte Berlins, Barbara John (CDU), wird mit der höchsten frauenpolitischen Auszeichnung der Stadt, der Luise-Schröder-Medaille, ausgezeichnet. Die Laudatio wird am 26. April Richard von Weizsäcker halten.

**Barroso will Friedensnobelpreis für Helmut Kohl**

Große partei- und länderübergreifende Zustimmung hat der Vorschlag des portugiesischen EU-Kommissionspräsidenten Manuel Barroso gefunden, Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl den Friedensnobelpreis zu verleihen. Damit werde nicht nur das Wirken des „Kanzlers der Einheit“ für die deutsche Wiedervereinigung und das Zusammenwachsens Europas gewürdigt, sondern dies sei auch eine Auszeichnung für alle, die am Aufbau des freien Deutschlands in einem freien Europa mitgewirkt haben.

**„Wir brauchen eine Leitkultur“**

Anlässlich des Frankfurter Skandal-Urteils mit dem Verweis auf ein angeblich im Koran verbrieftes Gewaltrecht von Männern gegenüber Frauen stellte Bundesgeneralsekretär Ronald Pofalla klar, dass in Deutschland immer noch das Grundgesetz gelte. Neben möglichen disziplinarrechtlichen Konsequenzen für die Familienrichterin nahm Pofalla das Urteil zum Anlass, erneut eine klare Grundlage für unser Zusammenleben zu fordern. Wörtlich sagte er: „Wir brauchen in Deutschland eine Leitkultur“. Die Gleichheit von Mann und Frau, das Rechtsstaatsprinzip oder die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen müssten das Fundament unseres Zusammenlebens bilden.

# Berliner Stadtschloss kommt - Rot-Rot schweigt

Noch vor wenigen Wochen schien eine Realisierung in weiter Ferne zu stehen: die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses war nicht mehr als eine Absichtserklärung und ohne konkrete Finanzierung.



Ingo Schmitt

Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt erklärt: „Endlich kommt Bewegung – geradezu Schwung – in die Realisierung des Projektes. Die Terminkette ist sehr ehrgeizig, aber



Robbin Juhnke

durchaus realistisch, sofern alle Beteiligten sich um die Einhaltung bemühen.“ Schmitt zählt die Stationen auf. 2007 Start des international offenen

Architekten-/Realisierungswettbewerbes, 2008 Beginn der konkretisierenden Entwurfs- und Ausführungsplanung, 2010 Baubeginn und 2013 Eröffnung des Humboldt-Forums. Aus dem Bundesbauministerium gibt es endlich auch konkrete

Vorstellungen zu einem Finanzplan. Die Pläne sehen einen „reduzierten Entwurf“ vor, der auf einige bauliche Details (z. B. zweites Untergeschoss, Überdachung des Schlüterhofes) verzichtet, dafür aber mit einem deutlich verringerten Finanzbedarf (480 statt ursprünglich 670 Mio. Euro) auskommt. Nach einigen ersten Irritationen scheint auch die Realisierung der Kuppel des Schlosses gewährleistet. Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Dr. Robbin Juhnke betont: „Dies ist ein großer Erfolg für diejenigen, die sich von Anfang an gegen alle Widerstände für den Ab-



riss des hässlichen Palastes der Republik und eine Wiedererrichtung des Schlosses als architektonischem Höhepunkt der Straße Unter den Linden sowie des vielleicht zentralsten Platzes unserer Stadt und damit auch Deutschlands eingesetzt haben.“ Der rot-rote Senat hingegen reagiert mit großer Zurückhaltung. Weder Klaus Wowereit noch die Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer haben die Pläne bisher mit konkreten Zusagen aus dem Landeshaushalt unterstützt.

Finanzsenator Sarrazin wolle bisher über das teilweise dem Land Berlin gehörende Grundstück keine Mittel zur Verfügung stellen und bezeichnet die Pläne als „nicht haushaltsreif“. Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus habe, so Juhnke, deshalb das Thema auf die Tagesordnung des nächsten Stadtentwicklungsausschusses gesetzt, um vom Senat eine konkrete Stellungnahme zu verlangen, welche Haltung er nun zum historisch wichtigsten Bauprojekt in Berlin einnimmt.



# Flughafen Tempelhof wird Thema im Bundestag

Der City Airport Tempelhof hat seine Befürworter nicht nur in Berlin, sondern überall in Deutschland.



Peter Rzepka

Eindrucksvoller Beleg hierfür sind über 100 Unterschriften, die innerhalb von nur einer Woche unter Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages für seine Offenhaltung gesammelt worden sind. Sie alle unterstützen einen vom Tempelhof-Schö-

neberger CDU-Abgeordneten Peter Rzepka initiierten Antrag, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für die Fortführung des Flugbetriebs über den Herbst kommenden Jahres hinaus einzusetzen. Der Antrag muss demnächst im Parlament und seinen zuständigen Ausschüssen behandelt werden. Wie viele Parlamentsabgeordnete aus unterschiedlichen Teilen

Deutschlands über das drohende Schicksal Tempelhofs informiert sind und die Senatspläne für dessen Schließung missbilligen, zeigt der schnelle Erfolg der Aktion:

**Innerhalb von gut zwei Tagen kam die notwendige Zahl von 50 Unterstützern zusammen.**

Die fünf Mitglieder der Berliner CDU-Landesgruppe im Bundestag zählten zu den ersten und bewiesen damit, dass die Berliner CDU geschlossen für den Innenstadt-

flughafen kämpft. In dem Antrag wird die Bundesregierung außerdem aufgefordert zu prüfen, ob ein eingeschränkter Flugbetrieb in Tempelhof nach Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg International dessen Baugenehmigung gefährdet. Die Bundesregierung solle außerdem prüfen, welche Teile der Flugbereitschaft nach Tempelhof verla-



Auch der Bund ist Eigentümer.

ngert werden könnten. Schließlich solle sie dafür sorgen, dass die Angebote der Deutschen Bahn AG, von Luftfahrtunternehmen und weiteren Investoren, den Flughafen in Eigenregie zu betreiben, gewissenhaft geprüft und beschieden werden. Den vollständigen Wortlaut des Antrages finden Sie im Internet unter: [www.peter-rzepka.de](http://www.peter-rzepka.de)



# Ein ökologisches Leitbild für die Hauptstadt!

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Dr. Friedbert Pflüger erläutert in einem Namensartikel Ideen der BerlinKonferenz:

Der Klimawandel ist ein Faktum. Er droht uns allen. Nur gemeinsam können wir eine Antwort auf diese globale Herausforderung finden.

Mit der BerlinKonferenz haben CDU, Grüne und FDP ein neues Leitbild für Berlin geschaffen: Die Chance, Berlin als Hauptstadt regenerativer Energien aufzu-

bauen und zu positionieren. Andere Städte zeigen uns, wie es geht. Wir erleben in Frankfurt/Oder eine enorme Investition von Conergy, 250 Millionen € Investition, 1.000 Arbeitsplätze in Fotovoltaik. Oder das Unternehmen First Solar, Investition 115 Millionen €, und die Firma Odersun AG, beides zusammen 500 neue Arbeitsplätze im Ökoberreich.

Sachsen-Anhalt und die Fraunhofer-Gesellschaft planen ein großes Silicium-Fotovoltaik-Kompetenzzentrum. Die Magdeburger werben schon heute damit, dass nahezu 10 Prozent

der weltweiten Solarzellenproduktion aus Sachsen-Anhalt kommen.

**Und was macht Berlin: Wir verpassen eine enorme Chance, wenn Rot-Rot so weitermacht wie bisher. SPD und Linkspartei verschlafen das solare Zeitalter und Berlin verpasst die Chance auf unzählige zukunftsfähige Arbeitsplätze.**

Berlin hat eine eigene Energiepolitik inzwischen fast vollständig aufgegeben. Ausgerechnet Berlin ist beim 'Sonnetanken' eher Schlusslicht denn wegweisend. Eine kleine Stadt wie Freiburg hat heute 36mal so viel Fotovoltaikfläche pro Einwohner wie Berlin. Im ganzen Bundesgebiet ist der Faktor von Sonnenenergie seit Anfang des Jahrtausends um das 15-fache gestiegen, in Berlin nur um das 1,5-fache.

Ein weiteres Beispiel: Die Firma Q-Cells, 1.500 Arbeitsplätze. Standort Sachsen. Die Gründer leben in Berlin. Q-Cells hätte das Unternehmen gern in Berlin aufgebaut. Der Senat hat diese Technologie, dieses moderne, nach oben strebende Unternehmen aufgegeben. Mehr noch: Investoren in Zukunftstechnologien werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Zukunft hat in Berlin unter Rot-Rot keinen Platz!

Obwohl konkrete Konzepte auf dem Tisch liegen: Die Firma Deplana hat mit der TH Hannover, der TU Clausthal, der Fachhochschule Aachen, einem Berliner Ingenieur-



Pflüger war gerade auf einer „Informationstour Solar-Energie“.

büro, den Firmen Alström und Solon Fotovoltaik (Berlin) ein Konzept erarbeitet, einen großen Teil des Daches des Flughafengebäudes Tempelhof in ein Kraftwerk für Sonnenenergie zu verwandeln. Investitionsvolumen: 34 Millionen € ohne einen Cent Steuergeld. Dies wäre ein Super-Kraftwerkszentrum, ein Leuchtturm für erneuerbare Energien. Dieses Konzept ist nicht einmal vernünftig geprüft worden. Stichwort Vattenfall: CDU, Grüne und FDP haben von Anfang an den Vorstand von Vattenfall aufgefor-

dert, nach Alternativen zur Steinkohle als herkömmlichem Energieträger für das neue Kraftwerk zu suchen. Denn allein dieses Kohlekraftwerk würde 20% der gesamten CO2-Emission in Berlin verursachen. Der Vorstand zeigte sich geschäftsbereit. Nun scheint sogar möglich, schon ab 2015 ein CO2-freies Kohlekraftwerk zu errichten. Dies ist ein Riesenerfolg. Doch das Ziel heißt ganz klar: Regenerative Energien!



**Mit Solar-Technologie kann man rechnen.** Das sollte auch Millionen-Investitionen in die Voltalk-Industrie am Standort Berlin betreffen, meint Friedbert Pflüger.

# Runder Tisch der Opposition zu Sonderfahrdiensten

Schon wieder ist es passiert. Auch beim Thema „Sonderfahrdienst für Menschen mit Behinderungen“ zieht die Opposition am selben Ende eines Stricks.

Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Gregor Hoffmann macht dem rot-roten Senat schwere Vorwürfe. Er sagt: „Das Leistungs-

sangebot ist nach wie vor noch nicht zufriedenstellend. Der Senat ignoriert die Problemlagen. Die Menschen, die den Sonderfahrdienst nutzen, müssen teilweise zwei Stunden warten oder bleiben gar ganz zurück und müssen dann von der Polizei nach Hause gebracht werden.“



Gregor Hoffmann

Auf Initiative der CDU kam jetzt ein Runder Tisch zum

Thema zusammen. Die Fraktionen der Christlich Demokratischen Union, der Grünen sowie der Liberalen diskutierten dabei mit den Organisationen und Fahrdienstleistern sowie den direkt Betroffenen die aktuelle Situation des Sonderfahrdienstes und die damit verbundenen Fragen und Probleme. Bei der gut besuchten Veranstaltung wurde Klartext gereicht. Die Regierungsparteien

verweigerten sich allerdings diesen vorgetragenen Sorgen und Nöten. Sie nahmen an der Veranstaltung erst gar nicht teil. Ziel der Diskutanten im Berliner Abgeordnetenhaus ist es, dabei Fehler zu beheben sowie Qualität und Leistung des Sonderfahrdienstes für mobilitätsbehinderte Menschen grundlegend zu verbessern und weiter zu entwickeln. Gregor Hoffmann: „Die CDU fordert vom

Senat ein sofortiges Handeln und mehr Transparenz über die Leistungsfähigkeit des aktuellen Dienstleisters ein.“ Die Berliner Union wird an dem Thema dran bleiben, versprach Gregor Hoffmann, der zugleich die erfolgreiche Kummer-Nummer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus betreut und daher in vielfältigsten Bereichen die ganz konkreten Probleme der Menschen in Berlin kennt.

## Berlins dienstältester Politiker

**Politisches Urgestein nennt man ihn. Und es ist doch falsch.**

Will man damit zum Ausdruck bringen, dass 40 Jahre politische Ämter eine segenreich lange Zeit sind, so mag es stimmen, aber Steine sind statisch, unbeweglich. Werner Platzeck (76) ist es nicht. Der dieser Tage so oft Geehrte ist nach wie vor als Bezirksverordneter der CDU in Steglitz-Zehlendorf aktiv. „Seine Stimme hat Gewicht“, stellte dann auch der Tagespiegel in einer Würdigung

fest. Platzeck wurde 1967 in die damalige BVV Zehlendorf gewählt. Von Ende 1971 bis März 1975 gehörte er dem Berliner Abgeordnetenhaus an und war von 1978 bis 2001 Fraktionschef in der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf, danach drei Jahre BVV-Vorsteher. 20 Jahre leitete er bis 2006 den Haushaltsausschuss, im Fraktionsvorstand ist er auch heute noch. Die lobenden Attribute, die in diesen Tagen auf Werner Platzeck niederragen, lassen sich leicht fortsetzen: „Mister Zeh-

lendorf“, „treuer Parteisoldat“, „einfach unverzichtbar“. In der Bezirksverordnetenversammlung und vom CDU-Kreisverband wurde Werner Platzeck, der bereits 1995 das Bundesverdienstkreuz erhielt, jetzt für sein jahrzehntelanges Engagement geehrt.

Der Empfang der Partei begann erst um neun Uhr abends - nach der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung. So wie es sich für Werner Platzeck gehört: „Erst die politische Arbeit, dann der Rest“.



Werner Platzeck und der CDU-Kreisvorsitzender von Steglitz-Zehlendorf Michael Braun.

## Internetfilter in Schulen installieren

**Die bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen kamen am 16. und 17. März 2007 auf ihrer Tagung in Bremen zusammen.**

Auf Initiative des Berliner Sprechers Sascha Steuer fordern sie, Schülerinnen und Schüler vor gefährlichen Internetinhalten besser zu schützen.



Sascha Steuer

Das Internet ist in den letzten Jahren zu einem wesentlichen Instrument der Information und Kommunikation geworden. Es entwickelt sich aber auch immer mehr zu einem Hort gefährlicher Inhalte wie Gewalt, Pornographie und Drogen. Sascha Steuer, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, hält es deswegen für besonders wichtig, vor allem Kinder und Jugendliche zu

schützen: „Wir dürfen nicht zulassen, dass Minderjährige durch gewaltverherrlichende und pornographische Inhalte in öffentlichen Gebäuden negativ beeinflusst werden.“

In ihrem Beschluss setzen sich die bildungspolitischen Sprecher deswegen für eine deutschlandweite Einführung von zertifizierten Internetfiltern an Schulen. Lehrkräfte sollten hierdurch unterstützt werden, ihre Aufsichtspflicht zu erfüllen. Je nach Unterrichtssituation können sie mit Hilfe spezieller Filter für ihre Schüler gezielt Internetinhalte sperren und zulassen.

Im Bundesland Hessen haben bereits 60% der Schulträger ihre Schulen mit individuell angepassten Internetfiltern ausgestattet. Auch in

allen anderen Bundesländern werden immer mehr Schulträger und Schulen aktiv.



Der Jugendmedienschutzstaatsvertrag (JMStV) vom 1. April 2003 sieht vor, Internetfilter zu prüfen und zuzulassen. Getan hat sich - außer ergebnislosen Modellversuchen - jedoch nichts. Bis heute hat

die für die Zertifizierung zuständige Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) kei-

nen Medienschutzprogramm für Kinder und Jugendliche entwickelt. Es beinhaltet ein Filtersystem und eigene Internetportale sowie eine Schulung der Lehrer. Steuer: „Der Senat tut zu wenig. Es kann nicht sein, dass Kinder Zuhause vor gefährlichem Internetmaterial geschützt sind, in den Schulen dagegen nicht. Das ist fahrlässig. Wir brauchen einen guten Schutz für alle Schüler.“

nen Internetfilter anerkannt. Auch in Berlin kommt der Kinder- und Jugendschutz im Internet nur schleppend voran. Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin hat bereits im Februar 2004



**IMPRESSUM**

HERAUSGEBER UND VERLAG:  
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte:  
Berliner Presse- und Informationsdienste  
Verlags- und Verlagsgesellschaft mbH (bpi),  
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin  
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

REDAKTIONSLEITUNG: Frank Henkel  
CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze

BILDNACHWEIS  
von oben links nach unten rechts:  
S.1: privat; 3x Reitze; Thiedemann; Berlin Partner  
FTB-Werbefotografie  
S.2: Lüders; Hoessmann EU2007.de; Lüders;  
Bundesdruckerei;  
S.3: privat; Reitze; Mey  
S.4: privat; Lüders; 2x Reitze; privat; Reitze  
S.5: Thiedemann; Reitze; Lüders  
S.6: privat; Lüders; Reitze; privat  
S.7: Lüders; Reitze; 2x privat  
S.8: Berlin Partner FTB-Werbefotografie; privat

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Der alte Vorsitzende Jan Kayser und der neue Eike Letocha.

**Eike Letocha ist neuer Landesvorsitzender des Arbeitskreises der Lesben und Schwulen in der Union.**

Er tritt damit die Nachfolge von Jan Kayser an, der nach 5-jähriger Amtszeit bei der turnusgemäßen Mitgliederversammlung nicht erneut für dieses Amt kandidierte. „Große Fußstapfen“ nannte Eike Letocha in seiner Antrittsrede, die von seinem Vorgänger geleistete Arbeit. Trotzdem, oder gerade deshalb, freue er sich auf die vor ihm liegende Arbeit in der folgenden zweijährigen Amtszeit. Insbe-

sondere freue er sich auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit der CDU Berlin, da „der rot-rote Senat auch bei schwul-lesbischen Themen total versage und damit auch an dieser Stelle eine Unmenge an Angriffsfläche für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit zum Wohle aller Berliner bietet. Um die Interessen der Lesben und Schwulen dieser Stadt zu vertreten ist es absolut nicht ausreichend, als Regierender Bürgermeister unserer Hauptstadt sich auf sämtlichen Szene-Veranstaltungen blicken zu lassen.“ so Eike Letocha.

## Neues aus dem Web: bald .berlin als Adresse

**Die Nutzung des Internet ist inzwischen zur alltäglichen Routine geworden. Doch wie ist es eigentlich möglich, dass man durch die Eingabe einer Internetadresse weltweit „Internetseiten“ erreichen kann?**

Einflussreichster Manager des Internet ist die nichtstaatliche Organisation ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) im amerikanischen Kalifornien. Sie verwaltet weltweit die sogenannten „topleveldomains“ (TLD). Das sind die letzten Buchstaben einer Internetadresse, wie z.B.: .de, .us, com, .net. Nur eine bei der ICANN registrierte und damit anerkannte TLD führt dazu, dass eine Internetadresse auch „funktionierte“. Die ICANN gibt es seit 1998. Seitdem wurden dort in zwei Vergaberunden TLDs registriert, zuletzt Endungen wie .eu oder .asia. Die ICANN hat nun auf ihrer letzten Tagung im Dezember 2006 in Sao Paulo beschlossen, eine neue Vergaberunde in An-



Christian Goiny

griff zunehmen. Ziel ist es, jetzt auch Namen von Städten und Regionen als TLDs zuzulassen. Möglich wären dann auch Adressen mit Endungen wie .berlin, .bayern oder .paris. Auf einer weiteren Tagung der ICANN, die in Lissabon statt findet, soll über Verfahren und Zeitplan entschieden werden. Das „Zeitfenster“ für Registrierungsanfragen durch die ICANN wird vermutlich Anfang 2008 sein.

Logisch, dass es viele Initiativen gibt, die für ihre Stadt und Region diese Chance nutzen wollen. Schon heute werden in Städten wie Berlin, London, Paris oder New York mehr Domainregistrierungen verzeichnet als in über 150 Ländern, die über eine eigene TLD verfügen. Ganz vorne dabei ist zur Zeit eine private Initiative an der sich auch IHK, die Berlin Tourismus Marketing und zahlreiche andere Berliner Firmen und Institutionen beteiligen, die sich um die Anmeldung des Namens

.berlin bewerben wollen. Berlin wäre damit eine der ersten Metropolen auf der Welt, die diese Chance für sich nutzen könnte. Die Vor-



teile für Wirtschaft, Kultur, Tourismus und viele andere Bereiche liegen auf der Hand: Noch einfacheres Auffinden von Internetseiten und damit verbunden ein effizienterer Einsatz des Internets lokal und international! Diesen Möglichkeiten wollen zahlreiche Institutionen und Unternehmen in Berlin zügig nutzen, denn die Zeit drängt: Registrierungen sind bei der ICANN nur in dem beschlossenen Zeitfenster möglich. Wer diese Möglich-

keit verpasst, ist erst einmal auf unbestimmte Zeit „draußen“, jedenfalls solange bis es bei der ICANN eine neue Eintragungsrunde gibt.

mit dem Hinweis auf „berlin.de“ und möglichen Missbrauch zögerlich und ablehnend reagiert. Da wir diese Bedenken für nicht begrün-

Das haben auch die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD erkannt und die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, diese Projekte zu unterstützen und als von der ICANN anzuhörende Regierung ein positives Votum abzugeben.

Kenner der Berliner Verhältnisse ahnen jetzt wahrscheinlich schon, an wem dieses Projekt in Berlin zu scheitern droht: Richtig! Am Senat, bzw. an der roten Koalition. Dort wurde bisher

teilweise für Wirtschaft, Kultur, Tourismus und viele andere Bereiche liegen auf der Hand: Noch einfacheres Auffinden von Internetseiten und damit verbunden ein effizienterer Einsatz des Internets lokal und international! Diesen Möglichkeiten wollen zahlreiche Institutionen und Unternehmen in Berlin zügig nutzen, denn die Zeit drängt: Registrierungen sind bei der ICANN nur in dem beschlossenen Zeitfenster möglich. Wer diese Möglich-

teile für Wirtschaft, Kultur, Tourismus und viele andere Bereiche liegen auf der Hand: Noch einfacheres Auffinden von Internetseiten und damit verbunden ein effizienterer Einsatz des Internets lokal und international! Diesen Möglichkeiten wollen zahlreiche Institutionen und Unternehmen in Berlin zügig nutzen, denn die Zeit drängt: Registrierungen sind bei der ICANN nur in dem beschlossenen Zeitfenster möglich. Wer diese Möglich-

## Schwer auf ZAK in Reinickendorf

**In Reinickendorf geht jetzt die berlinweit erste bezirkliche Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle, kurz ZAK, an den Start.**

Der CDU-geführte Bezirk hat es sich dabei zum Ziel gesetzt, den Service für Unternehmer und Investoren deutlich zu erhöhen. Zur Eröffnung sagte die Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU): „Mit großer Freude kann ich feststellen, dass wir im politischen Einvernehmen und abteilungsübergreifend einen weiteren großen Schritt zu einer bürgernahen und innovativen Verwaltung unternommen haben“.

Die Praxis habe gezeigt, dass bei Anliegendevorhaben regelmäßig die Interessen der Abteilungen Wirtschaft und Bauen

- beides CDU-Ressorts - betroffen sind. Darüber hinaus besteht eine enge Zusammen-

arbeit mit dem Ordnungsamt, deren Belange ebenso häufig bei Vorhaben der Wirtschaft berührt sind. Die Stadträte Frank Balzer (CDU) und Thomas Ruschin (CDU) haben den klaren Arbeitsauftrag für die ZAK gegeben, dass nicht der Kunde, sondern der Vorgang „wandert“. Im Sinne des Kunden übernimmt die ZAK die Lotsenfunktion und wird die jeweiligen Vorhaben bestmöglich begleiten und unterstützen. Zur Eröffnung haben, die politischen Leiter der betreffenden Abteilungen den Investoren symbolisch den roten Teppich ausgerollt. Damit beweist sich wieder einmal: Bei der CDU in Reinickendorf hat die Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze Vorfahrt.



## Mehr Chancen

**„Trotz vieler Verbesserungen in der Vergangenheit haben es Frauen auf dem Arbeitsmarkt immer noch schwerer als Männer“, erklärt Edeltraut Töpfer, die Vorsitzende der Berliner Frauen Union.**

Frauen haben in den letzten Jahrzehnten in Deutschland einen Bildungsvorprung vor den Männern erlangt. Mädchen machen heute höhere und bessere Schulabschlüsse. Leider spiegelt sich dieses Bild noch nicht auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Erwerbstätigenquote von Frauen liegt deutlich unter der von Männern. Außerdem arbeiten Frauen häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, fasst die CDU-Politikerin zusammen.

Töpfer: „Die Unterschiede im Erwerbseinkommen

zwischen Frauen und Männern liegen in Deutschland mit 23 Prozent in 2003 deutlich zu hoch. Vergleicht man die Stundenlöhne, beträgt bei uns der Unterschied sogar 26 Prozent, damit liegen wir an der Spitze der Lohnungleichheit in der Europäischen Union“. Frauen entscheiden sich häufiger für Berufe, die schlechter bezahlt werden und sind oft von Führungspositionen ausgeschlossen. „Schon bei der Berufswahl müssen wir Mädchen und junge Frauen unterstützen, sich nicht nur für die typischen Frauenberufe zu entscheiden. Von Anfang an sollen sie auch an technische Berufe herangeführt werden. Wir müssen erreichen, dass Frauen bei technischen und naturwissenschaftlichen Berufsfeldern in Zukunft stärker vertreten sind. Dann wird die Differenz im Einkommen auch kleiner.“



Edeltraut Töpfer

# Eine Zukunftsentscheidung für die Stadt

## Kulturzentrum in Berlins Mitte: Eine Zukunftsentscheidung für die Stadt

Seit seiner Wiedereröffnung im Oktober vergangenen Jahres ist das

auf dem freien Bauplatz westlich des Neuen Museums. Sein Entwurf für das Neue Museum folgte dem Konzept der Denkmalpflege und der Stiftung, die erhaltenen historischen Frag-

homogene Einheit. Beginnend mit Schinkels klassizistischem Altem Museum (1830) über das Neue Museum (1859) und die Nationalgalerie (1864/76)

seines Schülers Stüler bis hin zum neubarocken Bodemuseum von Ihnes (1904) und dem strengen Tempelbau des Pergamonmuseums von Messel (1930) wurde es durch jede Generation in ihrer ei-

genen Formensprache selbstbewusst erweitert. Bereits heute verzeichnet die Museumsinsel jährlich mehr als zwei Millionen Besucher, bald werden vier Millionen erwartet. Ein Ansturm, der nach Aussage der Fachleute nicht ohne entsprechende Infrastruktur (Garderober, Toiletten, Gastronomie etc.) zu bewältigen ist. Dafür wird der Neubau benötigt. Der einzige noch freie Bauplatz auf der Museumsinsel liegt westlich vor dem Neuen Museum. Bis 1938 stand dort der von Schinkel entworfene Packhof. Was spricht dagegen hier heute eine selbstbewusste Ergänzung der Museumsbauten in einer zeitgemäßen Architektursprache zu versuchen?

Aus Sicht der Kulturpolitikerin und Bundestagsabgeordneten, Monika Grütters, nichts:

**„Mein Wunsch ist es, dass sich das Bekenntnis zu einem zeitgenössischen Bau durchsetzt, der über seine Funktionserweiterung hinaus das Ensemble um eine architektonisches Juwel bereichert, das als Anziehungspunkt für Berliner und Touristen zur Attraktivität der Museumsinsel beiträgt. Wir haben es beim Neubau des Jüdischen Museums oder der Kuppel des Reichstagsgebäudes erlebt. Der Publikumserfolg hat der Entscheidung zugunsten**

**einer modernen Architektursprache Recht gegeben. Beide Einrichtungen profitieren heute in nicht unerheblichem Maße auch von der Popularität des modernen Um- bzw. Neubaus.“**

Über die endgültige Gestaltung des Eingangsgebäudes wurde bislang nicht entschieden, da die Realisierung erst seit der Mittelzusage des

Haushaltsausschusses konkret ansteht. Derzeit überarbeitet der Architekt seine ersten Entwürfe. Dieses Ergebnis sollte zunächst abgewartet werden. Von der Stiftung wurde eine Eingangssituation angekündigt, die einem international bedeutenden Museumszentrum angemessen ist, sich in das Ensemble des UNESCO-Weltkulturerbes einfügen und sich dabei einer zeitgemäßen Formensprache bedient.

Berlin braucht ein lebendiges Kulturzentrum in seiner Mitte. Einer der wichtigsten Bausteine dafür ist die Wiederherstellung der Museumsinsel. Die damit verbundene Neuordnung der Berliner Sammlungen macht das international beachtete Vorhaben zum zentralen Kulturprojekt Deutschlands. Mit der Realisierung des geplanten Humboldtforums, dass die außer-europäischen Sammlungen aus Dahlem als Pendant zur Museumsinsel mit den Schätzen der europäischen Kulturgeschichte auf dem Schlossplatz konzentriert, würde ein Kulturzentrum von Weltrang geschaffen.

Welche Anziehungskraft die Stadt Berlin mit diesem einzigartigen Sammlungsbestand in ihrer Mitte international entfalten wird, lässt sich nur erahnen. Das neue Konzept des Bundesbauministers hat die Realisierung des Humboldt-

Forums wieder in zeitlich konkrete Dimensionen gerückt. Es konzentriert sich auf die kulturelle Nutzung und reduziert dadurch die veranschlagten Baukosten von 670 auf 480 Millionen Euro. Monika Grütters:

**„Ich halte diesen Vorschlag für begrüßenswert, denn Berlin braucht kein weiteres Hotel oder eine aufwendige Tiefgarage in seiner Mitte, sondern ein Kulturzentrum von internationaler Ausstrahlung.“**

2002 hatte der Deutsche Bundestag bereits die Errichtung des Humboldt-Forums in Gestalt des Berliner Stadtschlosses beschlossen. Eine Entscheidung, die in den städtebaulichen und architektonischen Bezügen des Umfeldes ihre Begründung findet. Sie bildet jedoch nicht den Grundstein für die Rekonstruktion des Vorkriegszustandes in der gesamten Mitte Berlins. „Lebendigkeit und Zeitgeist, mit denen das Kulturzentrum Berlins Mitte erfüllen soll, manifestieren sich auch in der baulichen Hülle. Der Louvre und das British Museum haben es vorgemacht, ihre modernen Einbauten sind heute zum Markenzeichen und Anziehungspunkt in aller Welt geworden. Auch Berlin wünsche ich einen leuchtenden Kristall vor seiner historischen Kulisse im Zentrum. Ich schließe mich daher dem Diktum des Präsidenten der Stiftung Preussischer Kulturbesitz an - man muss schon eine bisschen Provinzialität aufgeben, wenn man Internationalität will - Dann werden wir auch den ‚einzigartigen Ort der Weltfülle und Weltneugierde‘ in der Mitte unserer Hauptstadt erhalten, den wir uns wünschen,“ so Monika Grütters.



Museumsinsel und Schlossplatz. Es tut sich was in Berlins Mitte.

Bodemuseum einer der Publikumsmagneten in Berlin. Bereits Anfang Dezember zählte das renovierte Haus den 100'000sten Besucher. Dieser Erfolg, die unermüdlichen Appelle der Museumsleute sowie die engagierte Fürsprache von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) haben den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im November veranlasst, 73 Millionen Euro für das zentrale Eingangsgebäude und Besucherzentrum der Museumsinsel früher als geplant zu bewilligen.

Der Wettbewerb zur Wiederherrichtung des Neuen Museums wurde 1997 zugunsten des Londoner Architekten David Chipperfield entschieden. 1999 erhielt der Architekt auch den Auftrag für ein neues Eingangsgebäude

mente behutsam zu restaurieren, aber nicht durch Imitate der Vorkriegsgestaltung zu ergänzen. Erste Entwurfsideen für das Eingangsgebäude zeigten einen modernen Glasbau.

Gegen beide Projekte des Architekten hat sich die Bürgerinitiative „Rettet die Museumsinsel“ formiert. Mit prominenter Fürsprache sollen sowohl der Neubau, als auch die Ausbaupläne für das Neue Museum verhindert werden. Ziel der Initiative ist die Wiederherstellung eines vermeintlich historischen Zustandes. Doch dieser würde nicht nur die Spuren der jüngeren deutschen Geschichte negieren, sondern auch dem gewachsenen Charakter der Museumsinsel widersprechen. Über den Zeitraum von einem Jahrhundert hinweg entstanden, bildete das Bauensemble nie eine



Monika Grütters

INFO-  
COUPON

## Berlin kann mehr - Machen Sie mit!

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin  
Wallstraße 14A  
10179 Berlin  
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0  
Fax: 0 30. 32 69 04 -44  
eMail: cduberlin@cduberlin.de



www.cduberlin.de

Vor- und Zuname

Straße

PLZ / Ort

Telefon / Telefax

eMail